
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DATENSCHUTZ

22.01.2014

„Der massenhafte Diebstahl deutscher Email-Kontodaten hat zum wiederholten Mal gezeigt, wie anfällig wir alle für die Abschöpfung von höchstpersönlichen Daten im Netz sind. Nun hat sich zudem herausgestellt, dass dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Datenabschöpfung bereits seit Dezember letzten Jahres, wahrscheinlich sogar vorher, bekannt war. Die Nutzer wurden jedoch erst in dieser Woche informiert. Das BSI begründet dies mit „ermittlungstaktischen Erwägungen“ und einer komplizierten technischen Umsetzung. Die in der Zwischenzeit geschaffene Möglichkeit zum Sicherheitscheck auf der Internetpräsenz des BSI ist lobenswert, so wie es nachvollziehbar ist, dass die technische Umsetzung ihre Zeit dauert. Eine Verzögerung von einem Monat, in dem die kriminellen Hintermänner mit den erschlichenen Daten agieren konnten, halten wir jedoch zumindest für erklärungsbedürftig. Schließlich steht zu befürchten, dass dadurch massive finanzielle Schäden bei Bürgerinnen und Bürgern eingetreten sind, die sie gegebenenfalls noch gar nicht bemerkt haben. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich auch die Frage, was die zuständigen Stellen des Landes Hessen oder die Ermittlungsbehörden zu welchem Zeitpunkt wussten. Dem werden wir auf den Grund gehen“, so Wolfgang GREILICH, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Greilich weiter:

„Vorratsdatenspeicherung, NSA-Affäre und Fälle von Datenausspähung in großem Stile wie dieser zeigen, dass die Verbesserung des Datenschutzes und die Sicherheit des Netzes im besonderen Fokus der politischen Debatte stehen müssen und stehen werden. Absolute Sicherheit wird es dabei nicht geben – gerade deshalb sollten die Nutzerinnen und Nutzer unbedingt höchst sensibel bezüglich ihrer Passwortwahl und der Nutzung von Online-Diensten sein.“

„Deutlich wurde darüber hinaus allerdings auch, dass bei mehreren tausend Angriffen

jeden Tag alleine auf das Netz der Bundesregierung selbst staatliche Stellen keinen hundertprozentigen Datenschutz gewährleisten können. Dies sollte gerade all jenen eine Warnung sein, die immer noch dem Irrglauben unterliegen, von Privatunternehmen im Auftrag des Staates erhobene und gespeicherte Telekommunikationsdaten könnten nicht in falsche Hände geraten.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de